

V-23 Beschluss Das Leid im Jemen lindern: Rüstungsexporte stoppen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

- 1 Seit Jahren leiden die Menschen im Jemen unter einem brutalen Krieg und seinen
2 schrecklichen
3 Folgen. Er hat für eine der größten humanitären Katastrophen der Welt gesorgt. Seit
4 Kriegsbeginn sind bereits über 10.000 Menschen an den direkten Folgen der
5 Kampfhandlungen
6 gestorben, zahllose weitere an Hunger und Krankheiten. Fast eine Million Menschen
7 sind mit
8 Cholera infiziert und können wegen fehlender medizinischer Versorgung und dem fast
9 vollständigen Kollaps öffentlicher Dienstleistungen nur unzureichend versorgt werden.
10 7
11 Millionen Menschen sind akut vom Hunger bedroht. Über hundert Kinder sterben
12 täglich an
13 akuter Mangelernährung und ihren Folgen, mehr als 11 Millionen Kinder sind dringend
14 auf
15 humanitäre Hilfe angewiesen. Die Trinkwasserversorgung in den großen Städten ist
16 nahezu
17 vollständig zusammengebrochen. Diese dramatische Lage führt dazu, dass fast 20
18 Millionen
19 Menschen auf Hilfe angewiesen sind.
- 20 Dieses Ausmaß von Leid und Zerstörung im Jemen ist in erster Linie durch die äußere
21 Intervention in einen ursprünglich lokalen Konflikt verursacht worden – vor allem durch
22 die
23 Bombenangriffe einer Staatenkoalition unter Führung Saudi-Arabiens. Sie finden mit
24 Unterstützung der USA und Großbritanniens statt und durch Waffen aus europäischer
25 Herstellung. Diese Angriffe richten sich oft gezielt gegen zivile Infrastruktur wie
26 Schulen
27 und Krankenhäuser. Fast alle Mitglieder der Staatenkoalition sind Empfänger von
28 direkten
29 oder indirekten Waffenlieferungen aus Deutschland. Zudem produziert Saudi-Arabien
30 in Lizenz
31 deutsche Gewehre. Auch der Iran hat mit seiner Unterstützung der Houthi-Milizen zu
32 dieser
33 Eskalation beigetragen: diese haben mit ihrem gewaltsamen Feldzug nach Sana'a und
34 Aden und
35 dem daraus resultierenden Sturz der Regierung Hadi den Konflikt zuallererst
36 begonnen.
- 37 Neben den eigentlichen Kriegshandlungen ist die illegale Seeblockade durch Saudi-
38 Arabien und
39 die Vereinigten Arabischen Emirate die bedeutendste Ursache für die
40 Mangelernährung der
41 Bevölkerung. Trotz der Existenz eines Kontrollmechanismus der Vereinten Nationen
42 bringen
43 diese Staaten dadurch – unter dem Vorwand, Waffenschmuggel verhindern zu wollen –

die
26 Versorgung großer Teile des Landes nahezu zum Erliegen. Diese Blockade, ebenso wie
die
27 Schließung des Flughafens Sana'a, die Belagerung von Städten und weitere
Behinderungen
28 humanitären Zugangs verstoßen gegen die Bestimmungen der
Sicherheitsratsresolutionen 2140
29 und 2216 und können entsprechend sanktioniert werden. Auch der Zugang der
Vereinten
30 Nationen, humanitärer Organisationen sowie von Journalistinnen und Journalisten wird
massiv
31 behindert.

32 Der Wechsel des ehemaligen Präsidenten Ali Abdallah Saleh auf die Seite der
saudisch-
33 geführten Koalition und seine Ermordung durch die ehemals mit ihm verbündeten
Houthi-Milizen
34 stellen den Jemen vor neue politische Herausforderungen. Die verschärften
35 Auseinandersetzungen haben zu noch mehr Opfern in der Zivilbevölkerung geführt.
Gewaltsame
36 Angriffe auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die Blockade
elektronischer
37 Kommunikation gehören neben zahlreichen Fällen von Verschwindenlassen, Folter und
38 außergerichtlichen Tötungen sowie dem Einsatz von Kindersoldaten zu den Vergehen
aller
39 Kriegsparteien.

40 Wir begrüßen es daher, dass der UN-Menschenrechtsrat mit der 36/31 des VN-
Menschenrechtsrats
41 eine unabhängige Expertenkommission zur Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen
im Jemen
42 eingesetzt hat. Wir begrüßen ebenfalls den auch auf Betreiben der Grünen Fraktion im
43 Europäischen Parlament zustande gekommenen Beschluss 2017/2849, der unter
anderem die
44 Forderung nach einem Exportstopp von Rüstungsgütern an die kriegsführenden
Staaten enthält.

45 Nun muss die Bundesregierung handeln. Wir fordern sie auf:

- 46 • im Sinne wiederholter Beschlüsse des Europäischen Parlaments jegliche
Rüstungsexporte
47 an die am Jemenkrieg beteiligten Staaten sofort zu stoppen, keine neuen
Genehmigungen
48 an diese Staaten zu erteilen, erfolgte Genehmigungen zu widerrufen und auch
keine
49 Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen;
- 50 • in Zusammenarbeit mit den VN die Initiative für neue Friedensgespräche zu
übernehmen,

- 51 deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und die Gewährung
52 humanitären Zugangs sein muss;
- 53 • sich in diesem Zusammenhang auch gegenüber der US-amerikanischen und
54 britischen
54 Regierungen für ein Ende der militärischen Unterstützung der arabischen
55 Koalition
55 einzusetzen;
 - 56 • auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang für Hilfs- und
57 Lebensmittellieferungen
57 uneingeschränkt sicherzustellen;
 - 58 • sich im Falle der Behinderung humanitären Zugangs, wie in
58 Sicherheitsratsresolutionen
59 2140 und 2216 vorgesehen, für Sanktionen gegen die Verantwortlichen aller
60 Kriegsparteien einzusetzen;
 - 61 • den Jemen weiter humanitär zu unterstützen und den Nachbarstaaten bei der
62 Aufnahme und
62 Versorgung der Flüchtlinge aus dem Jemen zu helfen;
 - 63 • die Arbeit der vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzten Expertenkommission
63 nach allen
64 Kräften zu unterstützen und dabei besonders deren uneingeschränkten Zugang
64 zum
65 Kriegsgebiet einzufordern;
 - 66 • die Umsetzung des Beschlusses 2017/2849 des Europäischen Parlaments nach
66 Kräften zu
67 unterstützen.